

nössen zusätzlich den Schutz Amerikas. Da hob der alte Jude die Hände zum Himmel: »Ach, die Amerikaner«, seufzte er ohne jede Erregung, »mit ihren Wolkenkratzern wollen sie den Himmel erreichen, wie einst die Frevler von Babel. Sie üben gewaltige Macht über die ganze Erde aus, aber nur die Demut der Menschen ist dem Herrn wohlgefällig. Er liebt die Hochmütigen nicht und stößt sie vom Thron.« Wir verstummten wieder und ließen die biblische Landschaft Judäas auf uns einwirken.

Als ich aufstand und mich mit dem hebräischen Friedensgruß verabschiedete, lächelte er nachdenklich. »Lieber Herr«, sagte er, »es gehen so viele falsche Gerüchte um im Lande Israel, als stünde die Endschlacht Armageddon bevor. Darf ich Ihnen einen Rat geben? Dann schlagen Sie nach im Buch Daniel. Der Traum des Königs von Babel sagt so viel aus über die Anmaßung der Herrschenden.«

In mein Hotelzimmer zurückgekehrt, griff ich zum Alten Testament und fand das Orakel vom »Koloß auf tönernen Füßen«. Nebukadnezar hatte vor 2500 Jahren den Propheten Daniel zu sich rufen lassen und befahl ihm die Deutung seiner nächtlichen Vision. »Du, König, hattest einen Traum«, so kündete Daniel laut der Heiligen Schrift, »und siehe, ein großes, hohes und hell glänzendes Bild stand vor Dir, das war schrecklich anzusehen. Das Haupt dieses Bildes war von feinem Gold, seine Brust und seine Arme waren von Silber, sein Bauch und seine Lenden waren von Kupfer, seine Schenkel waren von Eisen, seine Füße waren teils von Eisen und teils von Ton. Das sahst Du, bis ein Stein herunter kam, ohne Zutun von Menschenhand; der traf das Bild an seinen Füßen, die von Eisen und Ton waren, und zermalmte sie.«

»Vorposten der Tyrannei«

Der 11. September 2001, kurz »Nine Eleven« genannt, sei die historische Schicksalswende, der Beginn eines neuen Zeitalters, so tönte es aus zahllosen Medienberichten, als es ein paar arabi-

schen Terroristen gelang, zwei Symbole amerikanischer Macht – das World Trade Center und einen Flügel des Pentagon – in einem wahnwitzigen Selbstmordanschlag zu vernichten. Mit der Zeit relativiert sich die Bedeutung und sogar der Horror dieses Anschlags auf die Unverwundbarkeit Amerikas. Wenn es um Katastrophen geht, kann die Natur mit ganz anderer Zerstörungskraft aufwarten als die blinde Wut der Menschen. Der ungeheuerlichen Flutwelle in Südostasien, dem Tsunami, fielen nach derzeitigen Schätzungen hundertmal mehr Menschen zum Opfer als der Tragödie von Manhattan. Nur gelegentlich wird in den reichen Industriestaaten der Tatsache gedacht, daß unter skandalöser Indifferenz der sonst so aufgeregten Öffentlichkeit drei Millionen Menschen im afrikanischen Kongo-Becken nicht nur Opfer urzeitlicher Stammesfehden, sondern auch skrupelloser Manipulationen des im Namen der Globalisierung enthemmten »Raubtier-Kapitalismus« wurden.

Hatte man 2001 noch damit gerechnet, die Katastrophe von »Nine Eleven« sei Auftakt zu einer ganzen Serie ähnlicher Mordanschläge religiöser Fanatiker, so erweist sich heute – zumindest was Amerika betrifft –, daß sie bislang ein Ausnahmefall blieb. Dem Zugriff von El Qaida sind offenbar engere Grenzen gesetzt, als in der ersten Stunde der Panik angenommen wurde, wenn auch weitere, möglicherweise noch schrecklichere Attentate nicht auszuschließen sind. Jedenfalls hat der Aufruf zum weltweiten »Kampf gegen den Terrorismus«, den Präsident Bush zur unerbittlichen Leitlinie seiner Außenpolitik und Strategie gemacht hatte, an Überzeugungskraft verloren. Dazu hat auch der erbärmliche Kriegsverlauf im Irak beigetragen, wo die eigenen US-Verluste relativ niedrig bleiben, die Opfer der irakischen Bevölkerung hingegen auf 100 000 geschätzt werden. Das Pentagon hat endlich begriffen, daß sich mit dem Begriff »Terrorismus« kein greifbarer Gegner, keine einheitliche Ideologie darstellen läßt, spiegeln sich doch in der von Bush definierten »Achse des Bösen« so konträre Weltanschauungen wider wie der fundamentalistische Islamismus der afghanischen Taleban oder die poststalinistische Juche-Philosophie der kommunistischen Volksrepublik Nordkorea. Der »Terrorismus« wird von allen halbwegs vernünftigen Beobach-

tern als Methode der Kriegführung, nicht aber als eindeutiges Feindbild erkannt.

Zu Beginn des Jahres 2005 wurde die Motivation der USA durch Präsident Bush und seine neue Außenministerin Condoleezza Rice diskret, aber nachhaltig verschoben. Inzwischen war auch den politisch angepaßten Kommentatoren klargeworden, daß Saddam Hussein kein international agierender Promotor des Terrorismus war und daß er entgegen allen Beteuerungen Colin Powells im Weltsicherheitsrat über keine Massenvernichtungswaffen mehr verfügte. Aber ein blutrünstiger Tyrann, ein Feind der Freiheit war er allemal, und so wurde der Hauptakzent der amerikanischen Argumentation zur Fortsetzung der Kampagnen »Enduring Freedom« und »Iraqi Freedom« auf die Verpflichtung Amerikas und seiner Verbündeten gelegt, die heiligen Güter von »Liberty« und »Democracy« zu verteidigen und zu verbreiten. Die Beseitigung der »Tyrannei« wurde zum Leitmotiv. In der Inaugurationsrede des wiedergewählten Präsidenten wurden die Worte »Freedom« und »Liberty« fast fünfzigmal wiederholt.

Bei dieser Gelegenheit fand auch eine bemerkenswerte Ausweitung der amerikanischen Kriegsziele statt. War bislang die »Achse des Bösen« auf den Irak, die Islamische Republik Iran und Nordkorea beschränkt gewesen, so wurden jetzt zusätzliche Staaten als »Vorposten der Tyrannei« in Acht und Bann getan und kurzfristig mit Destabilisierung, notfalls mit gewaltsamem Zugriff bedroht. Eine seltsame Kollektion ist da zusammengestellt worden. Der Name Irak war aus der Riege der »Schurkenstaaten« ausgeschieden, weil dort – allen militärischen und politischen Rückschlägen der US-Besatzung zum Trotz – mit der Berufung des Interim-Regierungschefs Ayad Allawi ein gefügiger Quisling in der »green zone« von Bagdad installiert war. Die Mullahkratie von Teheran, die im Verdacht stand, an Nuklearwaffen zu arbeiten, wurde als vorrangiges Objekt ins Visier genommen. Die Demokratische Volksrepublik Nordkorea, die nach eigenen Angaben bereits Atombomben besitzt, blieb weiterhin ein gräßlicher »rogue state«.

Dazu gesellt sich die kubanische Zuckerinsel Fidel Castros, in deren Küstengewässern angeblich reiche Erdölvorkommen ent-

deckt wurden. Die Feindseligkeit der USA gegen dieses Überbleibsel einer gescheiterten Weltrevolution in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft hat eine lange Geschichte und bedarf keiner ausführlichen Kommentierung. Wenn jedoch Weißrußland, Simbabwe und Burma, Myanmar genannt, als »Vorposten der Tyrannei« hinzugezählt und somit der gewaltsamen Bekehrung zur Demokratie »à l'américaine« ausgesetzt werden, entsteht eine völlig neue Situation. Selbst unter den amerikanischen Ultrakonservativen, darunter der Kolumnist William Safire, hatte man an einer Passage der Freiheitspredigt Anstoß genommen, in der George W. Bush sich selbst als rettenden Brandstifter darstellte: »Mit unseren Anstrengungen«, so verkündete er, »haben wir ein Feuer entzündet und eine Flamme in den Köpfen der Menschen zum Lodern gebracht. Das Feuer wärmt die, die seine Macht annehmen, und verbrennt all jene, die seine Ausbreitung bekämpfen ... Eines Tages wird das Feuer der Freiheit auch die dunkelsten Ecken unserer Welt erreichen.«

Werfen wir also einen Blick auf diese aufgelisteten »Feindstaaten«, denen sich die »flammende« Aufmerksamkeit des Präsidenten zuwendet. Die afrikanische Republik Simbabwe, das frühere Südrhodesien, ist mir noch aus der Zeit der britischen Kolonisation, dann des schwarzen Aufstandes gegen die weiße Regierung des Premierministers Ian Smith wohlbekannt. Robert Mugabe, der afrikanische Präsident, der dort seine Diktatur ausübt, hatte den Stamm der Ndbele, der unter Joshua Nkomo den Anstoß zur Lösung vom britischen Empire gegeben hatte, mit Hilfe nordkoreanischer Spezialtruppen grausam niedergeworfen. Mugabe ist für London zur »bête noire« geworden, wird besonders verabscheut, weil er die britischen Pflanzer zwangsenteignete und sich nicht mit einem postkolonialen Zustand abfand, in dem etwa 5000 weiße Siedler über 70 Prozent des landwirtschaftlich wertvollen Boden Südrhodesiens verfügten. Der Tyrann von Harare hat damit sein blühendes Land in den Ruin getrieben, denn die riesigen Tabakplantagen warfen nach der Aufteilung unter den eingeborenen Neubesitzern keinen Profit mehr ab.

Vor allem aber befürchten die westlichen Interessenten, darunter viele Deutsche, daß das nationalistische Experiment dieser ra-

dikalen Agrarreform Schule machen könnte. In Namibia ist eine ähnliche Aktion bereits in Gange, doch die wirklichen Bedenken richten sich auf die Republik Südafrika, wo nicht nur eine Neuverteilung des Bodenbesitzes zugunsten der Schwarzen bevorsteht, sondern eventuell auch die Enteignung und Nationalisierung der bislang allmächtigen angelsächsischen Grubenkonsortien. Robert Mugabe hatte sich in Washington zusätzlich in Verruf gebracht, als er mit erstaunlichem Truppenpotential in der auseinanderbrechenden Kongo-Republik von Kinshasa intervenierte und sich den amerikanischen Ansprüchen auf Ausbeutung der dortigen Diamanten- und Erzgruben von Kasai und Katanga in den Weg stellte.

Gewiß tritt dieser eigenwillige Despot mit unerträglichen Häuptlingsallüren auf und spart nicht mit Provokationen der ehemaligen Kolonialherren. Die amerikanische Frontstellung gegen Zimbabwe ist deshalb auch als freundschaftliche Geste gegenüber dem allzeit gefügigen Verbündeten in London zu werten. Aber im schwarzen Erdteil haben wir es anderenorts mit weit schlimmeren Erscheinungen zu tun, die sich der Staatsgewalt bemächtigen und im Blut der eigenen Untertanen waten.

Wie gelangten Burma und Weißrußland in die Kategorie der Ausgestoßenen, der Vogelfreien? Die Generalsjunta, die in wechselnder Besetzung die Union von Burma durch brutale Repression zusammenhält, ist gewiß kein empfehlenswertes Regierungsgremium. Seit der Unabhängigkeitserklärung nach dem Zweiten Weltkrieg befindet sich dieser Vielvölkerstaat in einem endlosen Bürgerkrieg. Persönlich habe ich höchst unerfreuliche Erfahrungen mit dem dortigen Polizeiapparat gemacht, der mich einmal verhaftete und zweimal des Landes verwies. Das war in den Jahren 1952 und 1973. Seitdem hat sich Burma, von dem die britischen Kolonialherren einst schwärmten, dem internationalen Tourismus schrittweise geöffnet, aber liberaler ist das Land dadurch nicht geworden.

Wenn der Name Myanmar in der westlichen Presse auftaucht, geschieht das meist in bezug auf die Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi, die seit Jahren unter Hausarrest steht und mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Die trotz fortgeschrit-

tenen Alters immer noch schöne, zierliche Frau genießt zu Recht die Aufmerksamkeit der Medien. Es ist durchaus publikumswirksam, diese asiatische Jeanne d'Arc zum Symbol eines Freiheitskampfes zu erheben, den Washington jetzt durch die Verdammung der herrschenden Generalsclique nachdrücklich unterstützt.

Weniger bekannt ist die Tatsache, daß Myanmar auf Grund seiner internationalen Isolation und der selbstverschuldeten Wirtschaftsmisere in der Volksrepublik China einen mächtigen Protektor gesucht hat. In der Hauptstadt Rangun ist auf jeden Schritt und Tritt zu spüren, daß Burma eine Wirtschaftsdependenz des Reiches der Mitte geworden ist. Über das Irrawadi-Tal wäre Peking sogar in der Lage, seinen Streitkräften einen direkten Zugang zum Indischen Ozean zu verschaffen, eine Perspektive, die die Regierung von Delhi mit wachsender Sorge erfüllt. Die Anprangerung burmesischer Willkür verschafft der amerikanischen Diplomatie zweifellos gesteigerte Sympathie bei den indischen Nachbarn dieser labilen Föderation. Die Volksrepublik China wiederum muß sich durch die Verurteilung ihres Klientelstaates herausgefordert fühlen, und das ohnehin schwelende Mißtrauen Pekings gegenüber der Bush-Administration wird zusätzlich geschürt. Die Verhandlungen über eine Entnuklearisierung Nordkoreas, die auf das Wohlwollen Pekings angewiesen sind, dürften dadurch nicht erleichtert werden.

Kommen wir zum Fall Weißrußland. Der dortige Staatschef Lukaschenko, der sich wie ein Autokrat stalinistischer Schule auführt, ist eine Schande für das sich in Freiheit konstituierende Europa. Jedermann wünscht sich seine Ablösung durch eine demokratisch gewählte Regierung. Wladimir Putin müßte dennoch mit Zorn quittiert haben, daß dieser ostslawische Staat, der immer noch mit der Rußländischen Föderation eng verknüpft ist, zum »Vorposten der Tyrannei« deklariert wurde. Der Ukraine ist dank der Orange-Revolution Viktor Juschtschenkos der Durchbruch zu einer prowestlichen, besser gesagt proamerikanischen Umorientierung gelungen, obwohl die Hauptstadt Kiew als Gründungsort der Rurikiden-Dynastie und als »Mutter der russischen Städte« für das nationale Selbstverständnis eines jeden russischen Patrioten unverzichtbar bleibt. Der ehemalige »Tsche-

kist« Wladimir Putin weiß allzugut, daß die Frau des neuen Präsidenten von Kiew zwar aus der Ukraine stammt, aber die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt und für gewisse Dienste gearbeitet hat. Die ukrainische Regierungschefin Julia Timoschenko, die Probleme mit der russischen Justiz hat, ist für den Kreml ohnehin schwer erträglich. Ihr traut man zu, daß sie die Ukraine, die bereits heimlich mit der Aufnahme in die Europäische Union liebäugelt, zusätzlich in die Atlantische Allianz einbringen möchte, zwei Mitgliedschaften, die bislang in Osteuropa stets Hand in Hand gegangen sind.

Nicht nur die Kremlführung, auch die breite russische Bevölkerung muß es als demütigend empfinden, daß die westliche Grenze ihres Vaterlandes mehr und mehr auf die Wolga und auf den Ural zurückgedrängt wird. Die Vorrangstellung Moskaus im kaukasischen Georgien und im zentralasiatischen Usbekistan wurde bereits durch amerikanische Einflußnahme weitgehend ausgehöhlt, die Erdöl- und Erdgasproduktion dieser Region dem Moskauer Zugriff entzogen.

Was ist aus der Freundschaft zwischen Bush und Putin geworden, die der US-Präsident doch so lyrisch gepriesen hatte? Erkennt man in Washington, daß die realen, die existentiellen Interessen der beiden einstigen Kontrahenten des Kalten Krieges aufs engste miteinander verwoben wären, wenn nicht im intimsten Machtgefüge der USA die Perspektive ökonomischer Bereicherung durch Erwerb immer neuer Energiequellen offenbar den Vorrang besäße vor den Erfordernissen langfristiger Selbstbehauptung und gemeinsamer Sicherheit? Moskau und Washington sehen sich dem Aufkommen zweier gewaltiger Gefährdungen ausgesetzt: Sie stehen heute in vorderster Front gegen die weitverstreuten Brandherde des militanten Islamismus und sollten sich gleichzeitig ihrer Unfähigkeit bewußt sein, den Aufstieg Chinas zu einer Weltmacht, die den Russen in ihren Fernostprovinzen, den Amerikanern im Westpazifik Paroli bieten wird, zu zügeln oder gar zu verhindern. Das forsche Auftreten des US-Präsidenten auf der internationalen Bühne könnte die Deutschen an die Sprunghaftigkeit, an die Kraftmeierei Wilhelms II. erinnern, der unter der Losung »viel Feind, viel Ehr« in den Ersten Weltkrieg zog.

Als ob es nicht weltweit zahllose andere Zwangsregime gäbe, die eine mindestens ebenso schroffe Verurteilung verdienen wie die hier aufgezählten Staaten! Insbesondere unter den engen Freunden der USA und den Günstlingen der dortigen Monopolkonzerne befinden sich Diktaturen, deren Unterdrückungs- und Foltermethoden zum Himmel schreien. Saudi-Arabien ist da nur ein besonders krasses Beispiel.

In seiner programmatischen Rede hatte Bush zwar versichert, daß Amerika nicht die Absicht hege, den eigenen Regierungsstil den Widerspenstigen, den »Unwilligen«, aufzuerlegen, und daß die Ausmerzung der Tyrannei nicht unbedingt mit Waffengewalt erzwungen werde. Aber die Mahnung ist eindeutig, wenn er hinzufügt: »Das Überleben der Freiheit in unserem Land hängt immer mehr vom Erfolg der Freiheit in anderen Ländern ab. Die beste Hoffnung auf Frieden in unserer Welt ist die Ausbreitung der Freiheit in aller Welt.«

In Ermangelung deutlicher Aussagen deutscher Parlamentarier, die gegenüber dem Weißen Haus in verbaler Unterwürfigkeit verharren, hat der Botschafter der Bundesrepublik in Washington, Wolfgang Ischinger, in einem Interview mit dem amerikanischen Publizisten Roger Cohen in eleganter Formulierung den europäischen Standpunkt dargelegt: »Wir sollten etwas präziser sein«, mahnte Ischinger. »Für die Freiheit kämpfen ist nicht genug, falls das bedeuten soll, daß wir hinausgehen und uns als Missionare betätigen. Die Europäer werden da nicht mitmachen. Aber wenn es darum geht, Ressourcen freizustellen, um mit Regierungen und Gesellschaften zu kooperieren, die diesen Wunsch äußern, dann stehen wir bereit. Der Drang nach Freiheit muß von innen kommen.«

Roger Cohen, der an der Ehrlichkeit seines Präsidenten nicht den geringsten Zweifel hegt, fügt aus amerikanischer Sicht hinzu: »Der Krieg gegen den Terror war ein Begriff, der tiefe Spaltungen im Bündnis verursachte. Es besteht keine Garantie, daß der Krieg gegen die Tyrannei sich positiver auswirken wird. Es stellt sich heute klar heraus, daß die globale Verwirklichung der Freiheit das Konzept ist, mit dem Bush seiner Reaktion auf den Anschlag des 11. September 2001 einen neuen Auftrieb verleihen

möchte. Von Bin Laden und den Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins ist kaum noch die Rede. Das Wort ›Liberty‹ beherrscht heute die Bühne. Die Zielsetzung einer solchen Politik klingt nobel, aber ihre Verwirklichung dürfte mit der Sicherheit Amerikas kaum zu vereinbaren sein.«

*

Im vorliegenden Buch habe ich nicht die Absicht, das gesamte Konfliktpotential, alle schwärenden Reibungspunkte, die uns in den kommenden Jahren beschäftigen werden, unter die Lupe zu nehmen. Unter Berücksichtigung der akuten Bedrängnis Amerikas im Nahen und Mittleren Osten, denen ich meine beiden letzten Bücher widmete, an denen ich keine Zeile zu ändern brauche und die ich durch eine nicht ganz alltägliche Autoreise von Bagdad nach Basra aktualisiere, wende ich mich dieses Mal überwiegend den ostasiatischen Herausforderungen zu, denen sich unser kolossaler Verbündeter unter anderem in Korea ausgesetzt sieht. Der Alptraum der nordkoreanischen Nuklearrüstung hat endlich die Erinnerung an jenen »vergessenen Krieg« wachgerufen, der 1953 mit einem strategischen Patt am 38. Breitengrad endete. Dem Abenteuer Vietnam, auf das Amerika sich einließ – ungeachtet des französischen Debakels in Indochina, das als Warnung hätte dienen sollen –, werde ich ebenfalls ausführlich Rechnung tragen, zumal dieses kollektive Trauma andauert und der Vergleich Saigon-Bagdad so beharrlich und oft irreführend angestellt wird. Ein paar persönliche Impressionen, die ich im vergangenen Sommer in Washington und Dallas sammelte, schicke ich diesen fernöstlichen Betrachtungen voraus.